



Niederschrift

**über die Sitzung des Hauptausschusses des Amtes Probstei (AMTPR/HA/02/2011)
vom 08.12.2011**

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Hagen Klindt

Mitglieder

Herr Sven Asbahr

Vertretung für Frau Rosemarie Benecke

Herr Martin Doepner

Herr Matthias Gnauck

Frau Margrit Lüneburg

Frau Heike Mews

Frau Karin Nickenig

Herr Markus Sinjen

Herr Otto Steffen

Herr Dieter Winkler

Gäste

Herr Hans-Richard Bern

Herr Horst Etmanski

Herr Jörn Husen

Herr Jens Peters

Herr Helmut Wichelmann

Presse

Herr Norbert Zimmer

Protokollführer/in

Frau Angela Grulich

Abwesend:

Mitglieder

Herr Hans-Hugo Arp

Frau Rosemarie Benecke

Herr Jürgen Cordts

Frau Ulrike Mordhorst

Beginn: 18:00 Uhr

Ende 19:50 Uhr

Ort, Raum: 24217 Schönberg, Knüll 4, Rathaus Schönberg,
Sitzungssaal (Erdgeschoss)

Hauptausschussvorsitzender Herr Amtsvorsteher Klindt eröffnet die Sitzung um 18:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Folgende Tagesordnung wird verhandelt:

Tagesordnung:

Vorlagennummer:

- öffentliche Sitzung -

1. Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses vom 28.03.2011
2. Verwaltungskostenbeiträge - Sachstandsbericht
3. Haushaltsplan und Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 AMTPR/BV/047/2011
4. Bericht der Verwaltung
5. Bekanntgaben und Anfragen

- öffentliche Sitzung -

TO-Punkt 1: Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses vom 28.03.2011

Einwendungen gegen die vorgenannte Niederschrift werden nicht vorgetragen.

TO-Punkt 2: Verwaltungskostenbeiträge - Sachstandsbericht

Herr Amtsdirektor Körber berichtet, dass die Verwaltung mit der Aufbereitung der Verwaltungskostenbeiträge leider noch nicht soweit sei wie geplant. Man könne allerdings bereits jetzt mit einer Wahrscheinlichkeit von +/- 10 % einige Kernaussagen treffen, und zwar zum einen, dass die Anteile für Schönberg und die ursprünglichen Amtsgemeinden sich in etwa die Waage halten werden. Laboe werde deutlich weniger Verwaltungskostenbeiträge zahlen müssen. Grund hierfür sei die Bildung des Eigenbetriebes, wodurch Aufgaben von der Amtsverwaltung auf den Eigenbetrieb verlagert werden könnten. Die Verwaltungskostenbeiträge für die Schulverbände werden etwas steigen. Grund hierfür sei die Sachbearbeitung für die Elternbeteiligung an der Schülerbeförderung, die als neue Aufgabe mit etwa 11.000 Fällen hinzu gekommen sei. Der Amtsdirektor erläutert ferner, dass man unter dem Strich aber nicht jede Verwerfung vermeiden könne. Die derzeitigen Verwaltungskostenbeiträge sind bereits sehr alt. Ziel sei, eine Gewogenheit zu erreichen, aber auf der anderen Seite auch nicht zu detailliert zu werden. Wichtig sei, einen gesunden Kompromiss zu erzielen.

Herr Amtsdirektor Körber erinnert daran, dass auch noch eine Grundsatzentscheidung über das anzuwendende Berechnungsmodell zu treffen ist. Er verweist kurz auf die unterschiedlichen Berechnungsmodelle. Er erläutert am Beispiel des Schulverbandes Probstei-West, dass sich bei einer Abrechnung der Verwaltungskostenbeiträge nach KGSt eine Erhöhung der Verwaltungskostenbeiträge um ca. 15.000 € ergeben werde. Bei einer Anwendung des KGSt-Modells in Reinform bestehe die Gefahr von Doppelbelastungen, denn die im Fusionsvertrag vereinbarte Sachkostenpauschale passe nicht hierzu und könne dann nicht 1:1 angewendet werden. Hierüber müsse man noch einmal gesondert sprechen und sich darüber verständigen, welche Berechnungsgrundlage Sinn macht.

Ein weiterer Punkt, über den gesondert gesprochen werden müsse, sei die Abteilung III.4, da die Aufwandserhebungsbögen zeigen, dass nicht nur Schönberg, sondern auch andere Gemeinden diese Abteilung nutzen. Dies müsse man aufbereiten und über die Anteile reden, die möglicherweise durch die anderen 19 Gemeinden zu entrichten sind.

Ferner sei eine Entscheidung darüber zu treffen, wie man künftig mit dem Aufwand umgehen wolle, der für die Personalsachbearbeitung für die Beschäftigten der Gemeinden und Schulverbände entsteht. Er erläutert am Beispiel des Schulverbandes Probstei, dass unter Berücksichtigung aller Aufwände für die Schulsachbearbeitung und die Personalsachbearbeitung eine deutliche Erhöhung der Verwaltungskostenbeiträge zu verzeichnen sei, die letztlich nicht mehr vermittelbar sei. Es stelle sich daher die Frage, inwieweit man die Personalsachbearbeitung berücksichtige. Die Idee der Verwaltung sei hierzu, diese Personalkostenanteile in den kostenrechnenden Einrichtungen mit zu veranschlagen, denn dort können sie auch in Kalkulationen einfließen. Dies könnte beispielsweise gelten für die Eigenbetriebe sowie die Bereiche KiTa, Schmutzwasser und Fremdenverkehrsabgabe und ggf. auch für die Schulverbände im Blick auf die Schulkostenbeiträge. Man sei derzeit dabei, diese Kernaussagen in Zahlen abzubilden. Danach sei geplant, mit den Gemeinden Schönberg, Laboe und den Schulverbänden zu reden mit dem Ziel, Abstimmungen über die offenen Punkte zu erzielen. Dies sei der Punkt, an dem man derzeit stehe.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Ausführungen. Er hält es für sinnvoll, die Personalkosten dort, wo Gebührenhaushalte bestehen, gesondert zu berechnen. Im Bereich der Schule hält er dieses Vorgehen allerdings für problematisch, da dann die Gemeinden, die viele Kinder haben, extrem belastet werden. Dies müsse man durchrechnen und in Ruhe durchdenken. Im Ergebnis müsse ein transparentes und gerechtes System gefunden werden.

Auch Hauptausschussmitglied Frau Mews ist es wichtig, dass es nicht zu Doppelbelastungen, zum einen durch die Amtsumlage und zusätzlich zum anderen durch Verwaltungskostenbeiträge, kommt. Sie erklärt eine solche Doppelbelastung am Beispiel „Schule“.

Hauptausschussmitglied Frau Nickenig erkundigt sich ergänzend, ob die Verwaltung generell empfehle, die Personalkosten mit einzubeziehen.

Amtsleiter Körber erläutert, dass dies dem Grunde nach dort der Fall sei, wo Dritte als Kostenträger auftreten. Er erläutert dies an den Beispielen Schmutzwasser und KiTa. Andernfalls entlaste man die Nutzer. Das Thema Schule sei hierbei sicherlich ein bisschen komplizierter, weil man hier nicht nur dritte Kostenträger habe. Deshalb sei dieses Thema besonders aufzubereiten. Grundsätzlich jedoch seien die Personalkosten ohnehin da. Sie werden entweder durch die Amtsumlage oder durch Verwaltungskostenbeiträge zu decken sein. Man müsse die angesprochenen Problematiken im einzelnen anhand des vorliegenden Zahlenmaterials darstellen. Erst dann könne man eine sachgerechte Entscheidung treffen.

Auch der Vorsitzende ist der Auffassung, dass man hier zunächst einmal Einzelrechnungen aufmachen sollte, die die Auswirkungen transparent machen, auch am Beispiel der Schulkostenbeiträge.

Dies sieht Frau Mews ebenso. Man sollte von beiden Seiten schauen, wie sich die Aufteilung der Kosten, die ohnehin da sind, durch unterschiedliche Verteilungsmodelle verschiebt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen erklärt Herr Körber, dass im ersten Amtsausschuss im neuen Jahr das Thema abschließend zur Beratung und Entscheidung vorgelegt wird.

TO-Punkt 3: Haushaltsplan und Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012
Vorlage: AMTPR/BV/047/2011

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage. Erkennbar sei, dass der Weg der eingeschlagen worden ist, richtig ist, wenn auch die Auswirkungen derzeit noch nicht spürbar sind. Er erläutert dies anhand einzelner Punkte der Vorlage. Im Anschluss daran geht er die einzelnen Seiten des Haushaltes durch und erläutert diese. Er bittet darum, jeweils zu gegebener Zeit die Fragen hierzu zu stellen.

Hauptausschussmitglied Frau Nickenig bittet um die Erläuterung der Erhöhung der Personalkosten.

Amtsleiter Körber verweist hierzu auf Seite 2 der Vorlage. Insbesondere die Kosten der Altersteilzeit und auch die Solidarumlagen, die im übrigen nach fünf Jahren wegfallen, und die Tarifsteigerungen haben zu der Erhöhung der Personalkosten geführt. Die Gesamtkosten für 2012 liegen bei 3.742.400,- € . Zu Beginn der Verwaltungsstrukturreform betrug dieser Wert 3.302.700,- € . Bezieht man eine seither durch die Tarifvertragsparteien vorgenommene Steigerung der Gehälter von zwischenzeitlich 14% ein, lägen die Personalkosten für das Jahr 2012 bei 3.765.078,- € , also noch über dem Ansatz für das Jahr 2012, und dies obwohl zusätzliche nicht unerhebliche Kosten der Altersteilzeit und Kosten für die Zahlung von Solidarumlagen für wegfallende Beamtenstellen enthalten sind. Nach künftigem Abschmelzen dieser Kosten im Laufe der nächsten Jahre, sofern diese nicht durch weitere Tarifsteigerungen aufgezehrt werden, sind tatsächliche Synergieeffekte zu sehen. Auch wenn der Umlagebetrag absolut im Vergleich zum Vorjahr steigt, so ist dennoch festzustellen, dass zumindest bezogen auf die Personalkosten die Verwaltungsstrukturreform deutliche positive Effekte hat. Der Synergieeffekt sei in absoluten Zahlen nicht sichtbar, aber er sei da.

Auf eine entsprechende Frage von Hauptausschussmitglied Herrn Winkler erläutert Amtsdirektor Körber die Datenermittlung zur Finanzkraft der Gemeinden.

Hauptausschussmitglied Frau Nickenig verweist auf die Seiten 18 und 82. Sie erkundigt sich nach den Kosten des TVP.

Der Amtsdirektor erläutert die Aufteilung der Kosten für eine Mitarbeiterin, die zur Hälfte durch den TVP und zur anderen Hälfte durch das Amt getragen werden.

Hauptausschussmitglied Mews verweist auf die Kostenreduzierung des TVP von 62.000 € auf 30.000 €. Sie erkundigt sich, ob jetzt vieles vom Vorstand des TVP geleistet werde.

Der Vorsitzende erläutert, dass es hierzu einer Sitzung der Mitgliedsgemeinden bedarf, in der man besprechen müsse, wie es weitergehen könne, denn z. Z. werde das Gros der Aufgaben ehrenamtlich geleistet.

Hauptausschussmitglied Mews spricht die Bekanntmachungskosten auf Seite 54 an. Herr Körber erläutert diese Kosten und weist darauf hin, dass auch im Jahr 2012 weitere Stellenausschreibungen erforderlich werden.

Nachdem kein Erläuterungsbedarf zu den einzelnen Haushaltsstellen mehr besteht, erläutert der Vorsitzende den vorgelegten Stellenplanentwurf. Auch hier sei die veränderte Organisationsstruktur sichtbar gemacht worden. Er verweist besonders auf die Veränderungsliste.

Amtsleiter Körber ergänzt, dass man seit dem Jahr 2008 zwar 11 Zugänge, aber auch 16 Abgänge zu verzeichnen habe. In den ausgewiesenen Stellen enthalten sind die laut Fusionsvertrag festgelegten Sonderaufgaben, die man abziehen müsse, um auf den Stand der

Kernverwaltung zu kommen. Abziehen müsse man auch die Stellen, die im Wege der Kostenerstattung von anderer Seite bezahlt werden. Unter dem Strich verbleiben damit für die Kernverwaltung 1,96 Stellen pro Einwohner. Letztendlich werden auch hierdurch deutliche Synergieeffekte sichtbar.

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, stellt der Vorsitzende den Haushalt 2012 zur Abstimmung.

Hauptausschussmitglied Nickenig erklärt, dass sie sich enthalten werde, da sie insbesondere zum Thema der Verwaltungskostenbeiträge noch einige offene Fragen habe, die sie aber sicherlich bis zur Sitzung des Amtsausschusses mit dem Amtsdirektor klären können.

Der Hauptausschuss fasst folgenden

Beschluss: Der Hauptausschuss empfiehlt dem Amtsausschuss, dem vorliegenden Haushaltsplan, der Haushaltssatzung und dem Investitionsprogramm für das Haushaltsjahr 2012 zuzustimmen. Die Verwaltung wird aufgefordert, spätestens im Januar die Neukalkulation der Verwaltungskostenbeiträge vorzulegen.

Stimmberechtigte:	10		
Ja-Stimmen: 9	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 1	Befangen: 0

TO-Punkt 4: Bericht der Verwaltung

4.1:

Der Amtsdirektor verweist auf ein Schreiben des Kreises zum Thema „Hochspannungsnetzausbau in Ostholstein und Plön“. Er erläutert, dass die Veranstaltung des Kreises Plön auf Ende Januar verschoben worden sei.

4.2:

Der Amtsdirektor erläutert die Organisationsveränderungen, die bislang vorgenommen worden sind. Man habe das Gutachten personalisiert und umgesetzt und befinde sich seit dem 01.10. im Echtbetrieb mit Ausnahme des Team Laboe, das erst zum 01.01.2012 auch nach außen hin den Echtbetrieb aufnehmen werde. Man habe das Team durch eine Teambildungsmaßnahme und zahlreiche Schulungen in die Lage versetzt, zu Beginn des Jahres im Sinne eines sog. „Front-Office“ für die Bürgerinnen und Bürger da zu sein. Intern fungiere das Team als sog. „Back-Office“ für die einzelnen Fachabteilungen. Zu Beginn des Jahres werde auch eine entsprechende Pressemitteilung und ein überarbeiteter Flyer auf den Weg gebracht.

Im Bereich der Abteilung „Soziales“ und der Abteilung „Personenstands- und Meldewesen“ habe man zwei neue Mitarbeiterinnen eingestellt, eine zum 15.12.2011 und eine zum 02.01.2012. Beide Stellen werden durch Altersteilzeit im ersten Quartal des Jahres frei. Die Verwaltung sei der Auffassung, dass man zur Gewährleistung eines geordneten Übergangs mit Überschneidungen arbeiten müsse.

Hauptausschussmitglied Frau Lüneburg bittet darum, dass eine neue Übersicht nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zur Verfügung gestellt wird. Herr Körber sagt dies zu.

Der Vorsitzende ist der Auffassung, dass man zu gegebener Zeit auch eine neue Broschüre auflegen sollte. Herr Körber berichtet, dass hierzu bereits eine erste Kontaktaufnahme stattgefunden hat.

Herr Körber erläutert abschließend, dass die Verwaltung nun Zeit brauche, um die neue Organisation zu leben. Vor Mitte des nächsten Jahres könne man daher keine Aussagen darüber treffen, ob die Wirklichkeit mit den Aussagen des Gutachtens übereinstimmt.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Pressevertreter verlässt den Sitzungssaal.

TO-Punkt 5: Bekanntgaben und Anfragen

5.1:

Der Vorsitzende berichtet, dass er den Ausbau von DSL gern im nächsten Amtsausschuss thematisieren möchte. Herr Bürgermeister Gnauck werde hierzu einen Bericht geben.

5.2:

Hauptausschussmitglied Frau Mews spricht die Stelle des verstorbenen Schiedsmannes an. Sie gehe davon aus, dass diese Stelle neu besetzt werde. Herr Körber berichtet, dass dies bereits in Vorbereitung sei.

5.3:

Hauptausschussmitglied Herr Gnauck bittet darum, dass künftig bei Abwesenheit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stärker von den technischen Möglichkeiten Gebrauch gemacht werde, wie beispielsweise die e-mail-Weiterleitung und die Nutzung der Anrufbeantworterfunktion. Dies wird zugesagt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die öffentliche Sitzung.

Die Sitzung wird ohne Pause mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

gesehen:

Hagen Klindt
- Ausschussvorsitzender -

Angela Grulich
- Protokollführerin -

Sönke Körber
- Amtsdirektor -